

WAHL- PROGRAMM 1978

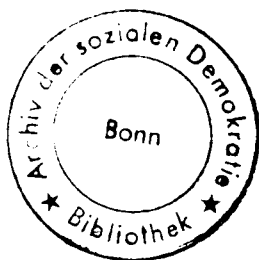
A80-1827

SPD

Niedersachsen



A80-1827



Niedersachsens Sozialdemokraten legen den Wählern dieses Landes ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl am 4. Juni 1978 vor. Sie tun dies in dem Bewußtsein, daß die Bürger in Niedersachsen ihre Wahlentscheidung nach genauer Prüfung der politischen Absichten und der politischen Leistungsfähigkeit der Parteien und ihrer Bewerber treffen werden.

Unser Programm für ein soziales Niedersachsen steckt die Leitlinien ab, nach denen wir in den vor uns liegenden Jahren in Niedersachsen und für seine Bürger Politik machen werden.

Wir werden dabei auf einer fast dreißig Jahre währenden Tradition aufbauen, in der Sozialdemokraten in Niedersachsen die politische und gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflußt haben. Hinrich Wilhelm Kopf, Georg Diederichs und Alfred Kubel haben für ein soziales Niedersachsen gearbeitet. Unter ihrer Führung ist Niedersachsen zu einem sozialen und demokratischen Eckpfeiler in der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Niedersachsen verdient eine Regierung, die daran anknüpft.

Karl Ravens ist der Mann, das zu tun. Er wird dafür sorgen, daß niedersächsische Politik wieder sozial und ehrlich gemacht wird. Als Arbeitersohn und gelernter Handwerker aus Achim, der sich alles, was er heute ist, selbst hart erarbeiten mußte, kennt er die Probleme der arbeitenden Menschen seiner niedersächsischen Heimat, zu denen er gehört und deren Sprache er spricht.

Karl Ravens geht es um menschliche Politik statt um kaltes Politmanagement.

Bei der Landtagswahl am 4. Juni '78 geht es um den Niedersächsischen Landtag und um die Regierung dieses Landes. Zugleich geht es aber auch darum, ob Bundeskanzler Helmut

Schmidt künftig wieder mit der niedersächsischen Landesregierung freundschaftlich und zum Wohle Niedersachsens zusammenarbeiten kann.

Wir wollen keine engstirnige parteipolitische Konfrontation. Wir meinen: Niedersachsen kann sich Hochmut und Arroganz nicht leisten.

Bundeskanzler Helmut Schmidt muß sich auch wieder darauf verlassen können, daß aus Niedersachsen nicht quergeschossen wird, wenn er sich um Entspannung im Ost-West-Verhältnis, um die Abrüstung und um die Lösung der weltweiten Wirtschafts- und Strukturprobleme bemüht. In Karl Ravens wird er einen zuverlässigen Partner haben.

Wie ein roter Faden zieht sich die Sorge um das Wohl der Arbeitnehmer durch das Wahlprogramm der SPD. Die SPD ist aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Sie ist eine Partei der arbeitenden Menschen geblieben. Ihre Interessen werden wir verteidigen gegen die Interessen der Mächtigen. Wir werden nicht zulassen, daß der tiefgreifende Wandel unserer Wirtschaft auf dem Rücken der arbeitenden Menschen in unserem Land ausgetragen wird.

Und es ist wichtig, daß dieses Land von Politikern geführt wird, die den Abbau der demokratischen Rechte verhindern und die nicht leichtfertig die Liberalität preisgeben.

Auch Sozialdemokraten haben keine Patentrezepte für alle Probleme. Aber wir treten unbeirrbar für eine humane Gesellschaft ein und lassen uns dabei von niemandem hindern. Unser Land braucht die Solidarität der Generationen und Gruppen, die Gleichberechtigung für die Arbeitnehmer, die gleichberechtigte Zusammenarbeit überall. Wir bitten die Bürger, uns bei dieser Arbeit für das soziale Niedersachsen zu unterstützen.

Arbeit für alle

Das Recht auf Arbeit gehört zu den sozialen Grundrechten des Menschen. Arbeit für alle – das ist die erste Aufgabe, die der Politik heute gestellt ist. Arbeit bedeutet auch Selbstverwirklichung, ist Teilhabe an der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung. Das Recht auf Arbeit muß gleichermaßen für Mann und Frau Gültigkeit haben.

Recht auf Arbeit hat für Sozialdemokraten einen so hohen politischen Rang, daß der dauerhaften Vollbeschäftigung Priorität einzuräumen ist ohne andere Ziele zu vernachlässigen.

Die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Wir Sozialdemokraten setzen alle Kraft daran, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wirtschaftliche Globalsteuerung allein reicht für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung nicht aus. Es müssen vielmehr alle zur Verfügung stehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Mittel ausgeschöpft werden. Der Erfolg dieser Politik wird vor allem mittelfristig eintreten, da die Probleme zu einem erheblichen Teil struktureller Natur sind.

Voraussetzung für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung ist eine Politik des humanen wirtschaftlichen Wachstums. Hierbei wird Wachstum nicht allein an der quantitativen Ausweitung der Produktion gemessen, sondern auch an der Steigerung der Lebensqualität durch Humanisierung der Arbeit, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch gute öffentliche Leistungen, durch bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, durch soziale Sicherheit und durch Landschaftspflege und Umweltschutz. Humanes Wachstum ist deshalb Ziel und Mittel

sozialdemokratischer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Zur Lösung der Aufgabe, Arbeit für alle zu schaffen, sind erforderlich:

- 1. Erkenntnis der Ursachen unserer wirtschaftlichen Probleme**
- 2. Vorausschauende Strukturpolitik**
- 3. Planmäßige Energiepolitik**
- 4. Umfassende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**
- 5. Gleichstellung der Frau im Arbeits- und Wirtschaftsleben**

1. Ursachen der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsprobleme

- Die Nachfrage nach Gütern und Diensten ist national wie international noch nicht stark genug, um für alle vorhandenen Arbeitskräfte Beschäftigung zu sichern. Es fehlt noch immer an Nachfrage nach Investitionsgütern und Konsumgütern und an öffentlicher Nachfrage, insbesondere von Seiten der Länder.
- Der Strukturwandel unserer Wirtschaft wurde auch durch die Rezession nicht unterbrochen. In schrumpfenden Branchen gehen dadurch mehr Arbeitsplätze verloren, als in den sich entwickelnden Zukunftsbranchen neu hinzukommen. Regionale Ungleichgewichte in den Beschäftigungschancen wurden verstärkt.
- Der Konzentrationsprozeß in unserer Wirtschaft verdrängt kleine und mittlere Unternehmen vom Markt; er besei-

tigt dabei mehr Arbeitsplätze als in den großen Unternehmungen hinzukommen.

● Rationalisierung ist notwendige Voraussetzung wachsenden Wohlstands; sie kann die Entlastung der Menschen von langer und schwerer Arbeit bedeuten und zur Humanisierung des Arbeitslebens beitragen. Solange das Angebot an Arbeitsplätzen jedoch weitgehend durch das Gewinninteresse des einzelnen Unternehmens beeinflusst wird, bedeutet Rationalisierung häufig den Verlust von Arbeitsplätzen. Ihre Folgen treffen in ungerechtfertigter Weise einzelne, schaffen menschliches Leid und erhöhen die von der Allgemeinheit getragenen Kosten der sozialen Sicherung.

● Die Zahl der Arbeitsplätze ist sowohl im privaten als auch im öffentlichen Dienstleistungsbereich nicht in dem möglichen und erforderlichen Umfang erhöht worden. Stattdessen wurden an vielen Stellen Arbeitsplätze eingespart und die Arbeit den verbliebenen Arbeitnehmern zusätzlich aufgetragen. Der Bedarf der Bürger an öffentlichen Dienstleistungen und die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind gerade von manchen Ländern vernachlässigt worden.

● Der Ausbau der Infrastruktur, vor allem auch im Energie- und Umweltbereich, stößt auf Hemmnisse. Zusätzliche Energieinvestitionen sind jedoch nötig. Ihre Verzögerung verhindert die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Darüber hinaus sind Umweltschutz und Umweltverbesserung ein immer noch vernachlässigter Bereich mit erheblichen Beschäftigungsmöglichkeiten.

● Zudem werden jetzt und in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in das Erwerbsleben treten. Für sie müssen Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden.

2. Vorausschauende Strukturpolitik auch in Niedersachsen

Zur Bewältigung der beschäftigungspolitischen Aufgaben brauchen wir eine konsequente Konjunktur- und Strukturpolitik. Nach unserem Verfassungsrecht liegt der ganz überwiegende Teil der öffentlichen Investitionsmöglichkeiten bei Ländern und Gemeinden. Diesem Verfassungsauftrag kommt eine Reihe von Ländern, darunter seit zwei Jahren auch das Land Niedersachsen, nur unzureichend nach. Das Land und die Kommunen müssen eine antizyklische Haushaltspolitik führen. Bei einem Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Ausgleich der öffentlichen Haushalte muß die Vollbeschäftigung Vorrang haben.

Wir treten für die Erhöhung der Massenkaufkraft besonders bei den einkommensschwachen Gruppen ein, um die Binnennachfrage zu stärken und um die Einkommensverteilung gerechter zu gestalten. Wir unterstützen daher die Gewerkschaften bei ihren Forderungen nach Abschaffung der Niedriglohngruppen und nach Sockelbeträgen für die weniger verdienenden Arbeitnehmer.

Vorausschauende Strukturpolitik heißt aber auch, die Infrastruktur unseres Landes planvoll auszubauen. Das gilt für die wirtschaftsnahe und die soziale Infrastruktur. Der Bund hat mit dem Bundesraumordnungsprogramm dafür eine wesentliche Grundlage geschaffen. Das Landesentwicklungsprogramm muß dementsprechend fortgeschrieben werden.

Wir garantieren eine niedersächsische Landespolitik, die wieder infrastrukturelle Entscheidungen trifft, um die Lebensbedingungen da, wo es erforderlich ist, zu verbessern und um die beschäftigungspolitisch notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Niedersachsen hat gerade heute einen infrastrukturellen Nachholbedarf.

Der Bund hat mit dem 16-Milliarden-Investitionsprogramm, der expansiven Haushaltsgestaltung 1978 und den steuerlichen Entlastungen für breite Bevölkerungsschichten seinen Teil zur Wachstumsvorsorge beigetragen. Das Energiesparprogramm des Bundes, das durch die CDU-regierten Länder, vor allem aber durch die niedersächsische CDU-Regierung sabotiert worden ist, hätte in fünf Jahren insgesamt Investitionen in Höhe von rund 17 Milliarden DM mobilisieren und in Niedersachsen mehrere zehntausend Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen können.

Niedersachsen muß in Zukunft dem guten Beispiel des Bundes folgen und für seinen Bereich aktive Beschäftigungspolitik betreiben. Dazu gehört auch eine erhebliche Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch das Land, damit die Kommunen in die Lage versetzt werden, einen stärkeren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Wir fordern eine wirksame, vorausschauende Strukturpolitik auch in Niedersachsen. Die Politik der Bundesregierung hat die Voraussetzungen für eine vorausschauende Strukturpolitik geschaffen. Niedersachsen muß diesen Weg wieder einschlagen und für seinen Bereich weitergeben. Für eine wirksame vorausschauende Strukturpolitik in Niedersachsen fordern wir:

- Ein regionales Informationssystem, das es gestattet, strukturelle Probleme

und krisenhafte regionale Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen (wirtschaftliches Frühwarnsystem). Dazu gehören Informationen über Verflechtungen, Außenhandelsbeziehungen und Kostenstrukturen sowie insbesondere über die Investitions- und Personalplannungen strukturbestimmender Unternehmen.

- Die Schaffung von Strukturräten auf Landesebene und in den Regionen. In ihnen sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch vertreten sein. Sie sollen staatliche Stellen bei bedeutenden Fragen der Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik beraten, Stellungnahmen zu staatlichen Maßnahmen abgeben, eigene Vorschläge zur Bewältigung von Beschäftigungs- und Strukturproblemen erarbeiten und damit eine bessere Abstimmung zwischen privater oder öffentlicher Unternehmensplanung und staatlicher Wirtschaftspolitik erreichen helfen. Eine solche unmittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer an der staatlichen Wirtschaftspolitik trägt zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens bei.

Die künftige niedersächsische Landesregierung wird mehr beschäftigungspolitische Verantwortung tragen. Sie muß

- die Auswirkungen von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen auf die Arbeitsmarktentwicklung verstärkt berücksichtigen; öffentliche Wirtschaftsförderung muß in erster Linie Arbeitsplätze schaffen und sichern;

- die Erfolgskontrolle öffentlicher Subventionen für die private Wirtschaft verstärken, damit mit den eingesetzten Mitteln auch mehr Beschäftigung erreicht wird; die Strukturräte können hierfür wesentliche Informationen liefern;

● mittlere und kleinere Unternehmen verstärkt fördern; sie stellen in Niedersachsen mehr als 60 Prozent der Arbeitsplätze zur Verfügung und stellen einen noch größeren Anteil an der Gruppe der Betriebe, in denen Auszubildende beschäftigt sind; sie bedürfen der technologischen Beratung, der Umstellungshilfen und der Überbrückungshilfen.

Niedersachsen ist durch eine moderne, leistungsfähige Landwirtschaft und Ernährungsindustrie gekennzeichnet. Die von den sozialdemokratischen Landwirtschaftsministern (Kubel, Bruns) durchgeführte Agrarpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Landwirtschaft durch Förderung der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel zu stärken und die landwirtschaftlichen Betriebe zu befähigen, sich den wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen anzupassen.

Die Sozialdemokraten treten weiterhin für eine gezielte Förderung der Betriebe ein, wobei sie in Anbetracht des sich noch stärkenden Wettbewerbs und der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sich insbesondere darum bemühen werden, den Inhabern bäuerlicher Betriebe Entwicklungsmöglichkeiten oder Alternativen anzubieten.

Bei der Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Wasserwirtschaft werden wir auch deren Beitrag zur Erhaltung einer vielfältigen Landschaft und gesunder Lebensgrundlagen berücksichtigen. Sozialdemokraten sehen in der Agrarpolitik eine umfassende Aufgabe, die in die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltschutzpolitik eingebettet werden muß.

3. Sichere Energie und menschliche Umwelt

● Grundlegende energiepolitische Entscheidungen können nur im Gesamtzusammenhang von Vollbeschäftigung, Wachstum, Lebensqualität und Umweltschutz beurteilt und getroffen werden.

Die SPD hat als einzige Partei auf breiter Basis eine intensive Energiediskussion geführt. Gestützt auf diese Vorarbeit verabschiedete der Hamburger Parteitag Leitlinien für eine umweltgerechte deutsche Energiepolitik. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Niedersachsen wird ihre Energiepolitik an diesen Leitlinien ausrichten.

Das bedeutet:

● Das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch muß so geändert werden, daß bei optimalem Wirtschaftswachstum der Zuwachs des Energieverbrauchs so gering wie möglich gehalten wird.

● Die Energieforschung muß über die bisherigen Programme hinaus weiter verstärkt werden, wobei der Sicherheits- und Umweltforschung besondere Bedeutung zukommt.

● Die Abhängigkeit von Öl und Uran muß durch Nutzung inländischer, umweltfreundlicher Energieträger verringert werden. Dabei gebührt vor allem der heimischen Kohle bei der Elektrizitätserzeugung und in Fernwärmesystemen der Vorrang vor allen anderen Energieträgern.

● Die Entscheidungen über grundlegende energiewirtschaftliche Investitionen bestimmen die Qualität unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Dafür trägt der Staat die politische Verantwortung. Deshalb sind Einflußnahme und Kontrollmöglichkeiten des Staates auf unternehmerische Entscheidungen über die Erzeugung und den Einsatz von Energie so auszuweiten, daß der Staat dieser politischen Verantwortung gerecht werden kann.

● Das Haushalten mit Energie muß Ziel der Energiepolitik sein, damit geringere Zuwachsraten des Verbrauchs mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und höherer Lebensqualität verbunden werden können. Die Bürger müssen über die Möglichkeiten des Haushaltens in den einzelnen Bereichen der Energieverwendung unterrichtet werden.

Gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie bestehen in der Bevölkerung weit verbreitete Zweifel und Skepsis. Dies ist angesichts der Risiken bei der Verwendung dieser Energieform verständlich. Für die Sozialdemokraten in Niedersachsen gelten deshalb folgende Grundsätze:

● Die Sicherheit der Bürger hat absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen.

● Ein verstärkter Bau von Kernkraftwerken ist wegen der vielfältig offenen Probleme bei der Kernenergie nicht vertretbar.

● Andererseits ist ein grundsätzlicher Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie zur Zeit nicht möglich, angesichts der unbestreitbaren technischen, wirtschaftlichen und zeitlichen Probleme beim Einsatz energiesparender Technologien, bei der Entwicklung alternativer umweltfreundlicher Ener-

gieträger und der zu erwartenden Verknappung der Ölversorgung.

● Es sollten aber auch alle Anstrengungen unternommen werden, einen solchen Verzicht möglichst zu machen.

Das bedeutet im einzelnen:

● Bei laufenden Kernkraftwerken ist der Sicherheitsstand ständig zu verbessern.

● Im Bau befindliche Kernkraftwerke dürfen nur dann in Betrieb gehen, wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Entsorgungszentrum erteilt oder die Entsorgung bis zur Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung anderweitig vertraglich gesichert ist. So kann das Kernkraftwerk Esenshamm in Betrieb gehen, wenn die Umweltauflagen für Abwasser und Abwärme erfüllt sind. Der Weiterbau des Kernkraftwerks Grohnde ist gegenwärtig durch Gerichtsbeschluß gestoppt. Sollte dieser Beschluß aufgehoben werden und insofern unseren sachlichen Bedenken Rechnung getragen sein, stimmen wir dem Bau dieses Kernkraftwerkes zu.

● Der Bau neuer Kernkraftwerke in Niedersachsen ist nur dann zu genehmigen, wenn die Landesregierung nachgewiesen hat, daß ein zusätzlicher Energiebedarf in Niedersachsen nicht durch Kohle oder andere Energieträger gedeckt werden kann und wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein Entsorgungszentrum erteilt worden ist oder in Ausnahmefällen die Entsorgung bis dahin anderweitig vertraglich gesichert ist.

● Wir räumen der Kohle bei der Elektrizitätserzeugung Vorrang vor der Kernenergie ein. Deshalb muß das Land Niedersachsen im Bundesrat darauf hinwirken, daß die Kohleverstromung zu solchen Preisen gesichert wird, die

auch einen revierfernen Einsatz der Kohle ohne Kostennachteile möglich macht.

Der Betrieb bereits laufender sowie die Inbetriebnahme und der Bau weiterer Kernkraftwerke sind aus Sicherheitsgründen untrennbar mit der Errichtung eines Entsorgungszentrums verbunden.

Niedersachsen scheint der einzige geologisch geeignete Standort für dieses Entsorgungszentrum in der Bundesrepublik zu sein. Endgültigen Aufschluß über die Eignung der Salzstöcke zur Lagerung von Atommüll können nur Probebohrungen ergeben. Deshalb sind diese Probebohrungen so schnell wie möglich durchzuführen und nicht aus wahltaktischen Gründen hinauszuzögern. Dabei wird sich zeigen, ob Gorleben als Standort überhaupt geeignet ist.

Bei der Errichtung des Entsorgungszentrums müssen nach unseren Vorstellungen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit.
- Das Entsorgungszentrum ist so einzurichten und zu betreiben, daß damit keine Plutoniumwirtschaft in Gang gesetzt wird.

Die sozialdemokratische Landesregierung wird die betroffene Bevölkerung vor jeder Entscheidung über neue Standorte für Kernkraftwerke, Kraftwerkserweiterungen und die Errichtung des Entsorgungszentrums umfassend informieren und sie in jeder Entscheidungsphase anhören.

4. Umfassende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Wir fordern eine aktive Beschäftigungspolitik des Landes Niedersachsen. Die durch die Umsatzsteuer verstärkten finanziellen Möglichkeiten des Landes müssen für mehr Beschäftigung genutzt werden.

- Es muß Schluß gemacht werden mit der Einsparung von Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung ohne Rücksicht auf unerledigte dringende Aufgaben. Der Bedarf der Bürger an öffentlichen Dienstleistungen ist in Niedersachsen noch lange nicht gedeckt. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Neuordnung der Personalpolitik und eine personelle Verstärkung insbesondere im Bildungsbereich, in der Altenpflege und -betreuung, in der Jugendbetreuung, im öffentlichen Gesundheitswesen, im sozialpädagogischen Bereich und im Bereich der inneren Sicherheit.

- Im öffentlichen Dienst müssen mehr Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen geschaffen werden, damit alle, die auf eine Halbtagsbeschäftigung angewiesen sind, Arbeit finden. Das muß auch in der Wirtschaft möglich sein. Die soziale Absicherung muß dabei gewährleistet sein.

- Für Umschüler, Behinderte und Rehabilitanden sind angemessene Arbeitsplätze in ausreichender Zahl bereitzustellen.

- Der öffentliche Dienst im Lande Niedersachsen muß seinen Teil der Verantwortung für die berufliche Zukunft der Jugend tragen. Wir fordern daher mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen. Dabei müssen vermehrt

solche Ausbildungsplätze geschaffen werden, die nach der Ausbildung im öffentlichen Dienst auch eine Beschäftigung in der privaten Wirtschaft ermöglichen.

Wir treten für eine ausgewogene Verkürzung der Arbeitszeit ein, um mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose und mehr Freizeit für beschäftigte Arbeitnehmer zu schaffen.

- Wir unterstützen die Tarifparteien bei ihrem Bestreben, den Urlaub zu verlängern und die tarifliche Arbeitszeit schrittweise zu verkürzen.

- Die veraltete Arbeitszeitordnung muß den heutigen Arbeitsbedingungen angepaßt und der Rahmen für Überstunden enger gezogen werden. Wir unterstützen nachdrücklich den entsprechenden Beschluß der Bundesregierung vom Mai 1977.

- Es ist die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze anzustreben. Ein erster Schritt könnte bei behinderten Arbeitnehmern gemacht werden.

- Zur verstärkten Wahrnehmung des Bildungsurlaubs sind die Weiterbildungsmöglichkeiten auszubauen.

- Es sollten gesetzliche und – wenn realisierbar – tarifliche Möglichkeiten geschaffen werden, daß ein Elternteil nach der Geburt eines Kindes auf Antrag bei Bezahlung eines Erziehungsgeldes und bei Arbeitsplatzgarantie beurlaubt werden kann.

- Im öffentlichen Dienst ist die Genehmigung von Nebentätigkeiten, durch die andere Arbeitsplätze gefährdet oder Neueinstellungen verhindert werden, zu unterbinden.

Die in das Erwerbsleben tretenden geburtenstarken Jahrgänge erfordern

besondere Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

- Wir fordern mehr Ausbildungsplätze in allen Bereichen der Wirtschaft. Sollte die Zahl der Ausbildungsplätze nicht ausreichen, ist die gesetzlich vorgesehene Ausbildungsabgabe zu erheben.

- Außer- und überbetriebliche Ausbildungsstätten und berufliche Vollzeitschulen sind verstärkt zu schaffen und auszubauen, das Berufsgrundbildungsjahr ist beschleunigt einzuführen. Schüler des Berufsgrundbildungsjahres müssen eine angemessene Ausbildungsbeihilfe erhalten.

- Ein berufsvorbereitendes 10. Schuljahr an Haupt- und Sonderschulen ist schrittweise einzuführen.

5. Gleichstellung der Frau in Ausbildung, Berufsausübung und Arbeitswelt

Das Recht auf Arbeit muß gleichermaßen für Männer und Frauen Geltung haben. Wir fordern daher:

- Verbesserung der Berufsschulbildung für Mädchen in allen Zweigen; dabei sind besonders die Mädchen ohne Auszubildungsverhältnis zu berücksichtigen, deren Berufsschulbildung nicht mehr – wie bisher üblich – vorwiegend auf Hauswirtschaft beschränkt bleiben darf.

- Orientierung der Mädchen auch auf bisher als typisch männlich geltende Berufsfelder, um ihre Berufswahlmöglichkeiten zu erweitern.

- Dementsprechend angemessene Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

für Jungen und Mädchen in allen Berufsfeldern.

- Erschließung neuer Berufswege für Frauen insbesondere durch Öffnung von Berufen, die bisher Männern vorbehalten sind, weil von fast 300 Ausbildungsberufen in unserem Lande Frauen nur etwa 30 Berufe offen stehen.
- Im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen müssen Frauen auf allen Ebenen bei gleicher Qualifikation die gleichen Chancen für Einstellung und Beförderung erhalten wie Männer. Bei Beförderungen ist außerdem darauf zu achten, daß Frauen mindestens in dem Umfang berücksichtigt werden, in dem sie in den einzelnen Bereichen vertreten sind.
- Zur Behebung der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit bei Frauen Verstärkung der Umschulungsmaßnahmen für Frauen in qualifizierte Berufe, für die es einen Bedarf am Arbeitsmarkt gibt.
- Aufhebung des zwischen Männern und Frauen geteilten Arbeitsmarktes. Frauen müssen zunehmend auf Arbeitsplätze außerhalb des traditionellen weiblichen Berufs- und Tätigkeitsspektrums vermittelt werden; dazu ist insbesondere die begleitende Beratung auszubauen.
- Gezielte Subventionen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen für Frauen.
- Ausbildungsmöglichkeiten für Hausfrauen, die keine oder keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und die eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen.

Die Zukunft der jungen Generation sichern

Für uns Sozialdemokraten ist die Zukunft unserer Kinder das wichtigste Gut, das wir zu pflegen und zu sichern haben.

Schulreform muß in Übereinstimmung mit den Erwartungen und Interessen der Eltern und Schüler davon ausgehen, daß

- jeder Schüler die Chance zu einer vielseitigen Bildung hat, die der gesellschaftlichen, technischen und kulturellen Entwicklung entspricht;
- jeder Heranwachsende eine qualifizierte Berufsausbildung erhält, die ihm ein sinnvolles und sozial gesichertes Leben ermöglicht.

Beides gehört zusammen. Die einen sollen soviel lernen können wie die anderen. Denn wer weniger lernt, hat schlechtere Chancen sein Leben lang.

Falsch ist es, die Kinder so früh wie möglich nach künftigen Hilfsarbeitern, Facharbeitern, Technikern oder Akademikern zu sortieren; richtig dagegen, allmählich die praktischen, theoretischen und sozialen Fähigkeiten zu wecken, die in ihnen angelegt sind. Nicht schon in der Schule darf es danach gehen, wer die stärksten Ellenbogen hat.

Wir erstreben eine Gesellschaft, die geprägt ist von gegenseitigem Verständnis und humanem Handeln. Nicht Konkurrenz und Ellenbogenfreiheit sollen das Verhalten der Menschen bestimmen, sondern Respekt vor dem Andersdenkenden und Andershandelnden und solidarische Mitverantwortung für den sozial Schwächeren. Wir Sozialdemokraten wollen, daß unsere Kinder

auch das in der Schule lernen.

Und sie sollen den bestmöglichen Bildungsabschluß erreichen können. Denn man kann nicht die humane Schule fordern und gleichzeitig, je nach Interessenlage der Wirtschaft, die Zahl der qualifizierten Bildungsabschlüsse herauf- oder herunterschrauben.

Wir Sozialdemokraten sagen zur Schulpolitik:

● **Jeder Schüler hat ein Recht auf gute Lernbedingungen**

● **Jedem Schüler ist die Chance zu einem gleichwertigen Abschluß einzuräumen –**

deshalb muß schrittweise das 10. Schuljahr an Haupt- und Sonderschulen eingeführt werden, das insbesondere in die Probleme der Arbeitswelt einführt

● **Jedem Jugendlichen steht das Recht auf eine gute Berufsausbildung zu**

Jeder Schüler hat ein Recht auf gute Lernbedingungen

Wir Sozialdemokraten wollen die Bedingungen verbessern, unter denen in den Schulen gelernt und gearbeitet wird. Für Schüler, Lehrer und Eltern soll die Schule nicht nur Pflicht, sondern auch Freude sein.

Notwendig dazu sind:

● kleinere Klassen;
deshalb müssen noch auf Jahre hinaus mehr Lehrer eingestellt werden;

● ein Lernklima, in dem nicht Konkurrenz und Leistungsangst, sondern Leistungsfreude herrschen;

● die Verbesserung der Lerninhalte; damit die Schüler auf die späteren beruflichen Anforderungen besser vorbereitet werden und damit sie selbständiges verantwortliches Handeln und soziales Verhalten lernen;

● mehr musischer Unterricht und mehr Neigungsgruppen und Arbeitsgemeinschaften in allen Schulen;

● in der Grundschule umfassende Beurteilung statt häufig noch üblicher schematischer Benotung;

● in der Orientierungsstufe Förderung der Schüler, damit aus ihr keine Sortiermaschine wird; das dreigliedrige Schulsystem darf nicht heimlich in die Orientierungsstufe eingeführt werden;

● Ausbildung von mehr Sonderschullehrern, damit die Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen besser wird und später Sonderschullehrer helfen können, Kinder mit Leistungsausfällen schon in der Grundschule zu fördern;

● die allmähliche Einrichtung weiterer Ganztagschulen;

● die Beratung von Eltern und Schülern direkt in den Schulen;

● eine verbesserte praxisbezogene Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, die unsere Lehrer darin bestärkt, Schüler und Eltern als Partner der gemeinsamen Arbeit in den Schulen zu verstehen;

● die Berücksichtigung der besonderen pädagogischen Probleme der Kinder ausländischer Arbeitnehmer;

● die Öffnung der Hochschulen, um den Druck des Numerus clausus an den Oberstufen der Gymnasien zu beseitigen.

Kinder und Jugendliche sollen nicht von vornherein in starre Schullaufbahnen eingezwängt werden; sie müssen jederzeit in der Lage sein, ihren Bildungsweg entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen zu wählen und zu korrigieren.

Die niedersächsischen Gesamtschulen haben ihre erste Bewährungsprobe bestanden. Das zeigen die Anmeldungen, die so zahlreich sind, daß Tausende von Kindern nicht aufgenommen werden können; das zeigen aber auch die Ergebnisse: fast alle Schüler der Gesamtschulen erreichen einen qualifizierten Schulabschluß und haben damit größere Berufswahlmöglichkeiten und Berufschancen.

Deshalb werden wir eine Gesamtschule überall da einführen, wo Eltern und Schulträger dies wünschen.

Die Lernbedingungen an der Schule sind nicht zuletzt abhängig von den Schulwegbelastungen, denen die Kinder ausgesetzt sind.

Deshalb fordern wir einen gut organisierten Schülertransport und angemessene und sichere Schulwege. Wir wollen keine weitere Konzentration von Schulen über das bisherige Maß hinaus.

Die Eltern müssen von den steigenden Lernmittelkosten entlastet werden. Deshalb werden wir die Lernmittelfreiheit in Niedersachsen auf der Grundlage des Gesetzentwurfs der SPD-Landtagsfraktion bis 1980 einführen.

Jedem Schüler ist die Chance zu einem gleichwertigen Abschluß einzuräumen

Wir werden das 10. Schuljahr an Haupt- und Sonderschulen schrittweise einführen, denn

- es ermöglicht jedem Schüler einen gleichwertigen Schulabschluß am Ende des 10. Schuljahres;
- es verbessert die Chancen der Hauptschüler und Sonderschüler im Wettbewerb um die knappen Ausbildungsplätze;
- es ermöglicht eine breit angelegte Arbeitslehre, die in die technischen, ökonomischen und sozialen Probleme der Arbeitswelt einführt;
- es bringt eine bessere Allgemeinbildung und damit größere soziale, kulturelle und politische Fähigkeiten der Schüler;
- es erlaubt ein großzügigeres Angebot im musischen und sportlichen Bereich;
- es verbessert für die Haupt- und Sonderschüler im Berufsgrundbildungsjahr die Chancen gegenüber den Absolventen der übrigen weiterführenden Schulen.

Entweder 10. Schuljahr oder Berufsgrundbildungsjahr – diese Alternative gibt es für uns Sozialdemokraten nicht. Das eine ist so nötig wie das andere, wenn für gleiche Bildungs- und Lebenschancen und gegen Jugendarbeitslosigkeit etwas getan werden soll. Deshalb haben wir Sozialdemokraten im Niedersächsischen Schulgesetz sowohl das 10. Schuljahr als auch das Berufsgrundbildungsjahr verankert.

Jedem Jugendlichen steht das Recht auf eine gute Berufsausbildung zu

Wir Sozialdemokraten werden uns nicht mit der hohen Zahl von Jugendlichen abfinden, die keine Ausbildungsstelle gefunden haben. Wir stehen dafür ein, daß jeder Jugendliche entweder einen betrieblichen Ausbildungsplatz oder einen Platz an einer beruflichen Vollzeitschule erhält.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir:

- das Berufsgrundbildungsjahr für alle Berufsfelder zügig einführen und dabei Berufsfelder für weibliche Auszubildende besonders berücksichtigen;
- die Ausbildungsangebote des dualen Systems in Schule und Betrieb erhöhen, soweit der Staat darauf Einfluß nehmen kann;
- die Berufsfachschulen, in denen Schüler in einem Beruf ausgebildet werden, ausbauen;
- einjährige Bildungsgänge schaffen, in denen Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und Behinderte verbesserte Voraussetzungen für eine Berufsausbildung erwerben;
- die vom Bund angebotenen Gelder für den Bau überbetrieblicher Ausbildungsstätten voll ausschöpfen;

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich für die Änderung des Ausbildungsförderungsgesetzes des Bundes einsetzen, damit eine finanzielle Förderung der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr möglich wird.

Soziales Niedersachsen

Sozialdemokratische Politik war es, die unserem Land den Namen „Soziales Niedersachsen“ verschafft hat – einen guten Namen.

Fast dreißig Jahre sozialdemokratischer Sozial- und Gesundheitspolitik haben den niedersächsischen Bürgern herausragende Erfolge gebracht: im sozialen Wohnungsbau, in der Sozial- und Altenhilfe, beim Umwelt- und Arbeitsschutz, in der Gesundheitsvorsorge und im Krankenhauswesen.

Soziales Niedersachsen – von diesem guten Ruf, für den sozialdemokratische Politik die Jahre hindurch gesorgt hat, zehrt jetzt die gegenwärtige Landesregierung. Das betrifft z. B. unsere Vorarbeiten zur Verbesserung der ambulanten Dienste durch Sozial- und Gemeindepflegestationen.

Was sozialpolitische Maßnahmen wert sind, erfährt der einzelne konkret in seiner persönlichen Lebenssituation. Wer durch soziale Probleme oder das eigene Schicksal in seinen Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt ist, muß auf Hilfe durch die Gesellschaft vertrauen können. Deshalb appellieren wir Sozialdemokraten an die Bürger, an einem Sozialprogramm mitzuarbeiten, das schon daheim beginnt. Es ist ein Programm, das die soziale Verantwortung des Staates bejaht. Es ist aber auch ein Programm, das – nach alter sozialdemokratischer Art – gegenseitige Hilfe mobilisieren und dafür sorgen will, daß auch geholfen wird.

Gesellschaftliche Solidarität trägt dazu bei, daß die der Hilfe bedürftigen Mitbürger nicht nur auf soziale Geldleistungen verwiesen werden. Sie soll Hilfe am Nächsten – Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Unser Programm zum vorbeugenden Gesundheitsschutz für die Bevölkerung, zur Aktivierung der Gemeinschaftshilfe und zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden steht unter folgenden Prinzipien:

● Die Mitarbeit von Bürgern und ihr persönliches Engagement für Umwelt- und Gesundheitsschutz, für die Volksgesundheit und für die Menschen, die unserer Solidarität bedürfen. Diese Mitarbeit müssen wir aufnehmen und stärken. Deshalb begrüßen wir vor allem den Einsatz dieser Mitbürger in den Vereinen, die sich sozialen und gesundheitsfördernden Aufgaben widmen. Darum ist auch die Zusammenarbeit des Landes mit den Kirchen und Gewerkschaften, den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie den Selbstverwaltungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung zu verbessern.

Staatliches Geld soll nicht allein für Bauten ausgegeben werden. Landeszuschüsse sollten vielmehr verstärkt mithelfen, die personellen und sonstigen Betriebskosten sozialer und gesundheitlicher Einrichtungen mit abzudecken.

Sozialdemokraten wollen gesunde Lebensbedingungen für die Zukunft schaffen. Für uns ist Gesundheit mehr, als nur "nicht krank" zu sein. Unser sozialdemokratisches Gesundheitsprogramm konzentriert sich in seinen Schwerpunkten auf:

● Einen gesundheitsfördernden Umweltschutz durch eine humane Umweltpolitik und den Ausbau der Gewerbe- und Gesundheitsaufsicht, damit der Wunsch der Bürger nach reiner Luft sauberem Wasser und Schutz vor Lärm, Strahlen und lästigen Emissionen immer stärker beachtet wird.

● Mehr Gesundheitsbildung in Schulen, Volkshochschulen und durch Verbände.

● Mehr Vorsorge und Krankheitsfrüherkennung durch Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und Förderung von Werksarztzentren zur Gestaltung einer gesundheitsgerechten humanen Arbeitswelt.

● Die Mitverantwortung des Landes für eine gleichmäßige medizinische Versorgung in Stadt und Land und für leistungsfähige Notdienste; dringend erforderlich ist die Verbesserung auch des Rettungswesens, wie es in dem Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion steht.

● Mehr Geld für die Beratung, Pflege und Betreuung unserer Bürger in Sozialstationen und Gemeindepflegestationen. Wir setzen uns für Sozialstationen ein, welche im Gegensatz zu den Vorstellungen der CDU über die reine Pflege hinaus Beratungs- und Betreuungsdienste gemeindenah anbieten. Sozialstationen müssen mit sozialpsychiatrischen Diensten, psychosozialen Jugend- und Drogenberatungszentren und mit Sozialdiensten im Krankenhaus sowie mit Ärzten und Verbänden eng zusammenarbeiten. Die Gemeinde ist der Mittelpunkt sozialer Dienstleistungen; Gemeinden und Wohlfahrtsverbände brauchen ausreichende Mittel dafür, u. a. Toto- und Lottomittel ohne Kürzung.

● Wir fördern alle Bestrebungen zur patientengerechten Gestaltung des Aufenthalts im Krankenhaus und wollen die sozialen Krankenhausdienste ausbauen und einen Sprecher für die Patienten einsetzen.

● Das unter Sozialdemokraten begonnene mehrjährige Bau- und Ausbauprogramm zur Schaffung menschenwürdiger Verhältnisse in den Landeskranken-

häusern, zum Aufbau psychiatrischer Abteilungen an allgemeinen Krankenhäusern und zur Einrichtung von Heimen außerhalb der Landeskrankenhäuser wollen wir fortsetzen. Neue Therapieformen müssen den selbstverständlichen Anspruch psychisch Kranker auf bessere Heilungschancen und eine Eingliederung in die Gesellschaft realisieren. Ortsnahe Hilfen sollen die Krankenhaus- und Heimangebote ergänzen.

- Die Einrichtung von Beratungsstellen für Familienplanung und für Schwangere entsprechend dem SPD-Gesetzentwurf.

- Hilfen für mißhandelte Frauen und Kinder in besonderen Einrichtungen.

Eine Aktivierung der Gemeinschaftshilfe wollen wir vor allem erreichen durch:

- Die im "Silbernen Plan" der Niedersachsen-SPD für unsere älteren Mitbürger aufgestellten Forderungen nach mehr Altenwohnungen, ambulanten Diensten, Begegnungsstätten, Pflegeplätzen und Erholungsurlaub. Wer alt und allein ist, braucht ein Telefon; auch dafür muß Geld vorhanden sein.

- Eine stärkere Förderung der Behinderten. Hierzu gehört eine möglichst ortsnahe Betreuung. Behörden sollen ihrer Pflicht nachkommen, Behinderte einzustellen. Öffentliche Bauten und Verkehrsanlagen sind so zu gestalten, daß sie Behinderten nicht versperrt bleiben.

- Eine familiennahe Versorgung der psychisch Kranken; sie dürfen nicht von vornherein oder zu lange aus ihrem Lebenskreis gerissen, sondern sollten weitgehend dort betreut werden, wo sie zu Hause sind.

- Eine verstärkte Aufmerksamkeit für

das Alkohol- und Drogenproblem. Erforderlich sind intensive Aufklärung, bessere Behandlungsmöglichkeiten für Süchtige und vor allem Hilfe für Selbsthilfe.

Wir setzen uns für einen humanen Städtebau ein.

Dazu gehört, daß wir die Wohnwelt in den Städten und Gemeinden verbessern. Durch Wohnungsmodernisierung und Wohnungsneubau werden wir dafür sorgen, daß insbesondere für benachteiligte Gruppen in unserem Lande ausreichender und bedarfsgerechter Wohnraum zu tragbaren Mieten bereitgestellt wird.

Wir wollen die Städtebauförderung gemeinsam mit dem Bund intensivieren. Genügende Erholungs- und Ausgleichsflächen in Städten und in der Landschaft sollen unsere Lebensbedingungen verbessern helfen.

Sozialpolitik ist für die SPD keine Verteilung von Almosen, sondern ist vielmehr die brüderliche Gerechtigkeit gerade denen gegenüber, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft leben.

Unter sozialdemokratisch geführten Landesregierungen ist die Stimme Niedersachsens im Bundesrat stets für die soziale Gerechtigkeit, für die Verstärkung des sozialen Netzes, die Humanisierung der Arbeitswelt und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingebracht worden. Dieses Eintreten für Arbeitnehmer und Benachteiligte unserer Gesellschaft ist aber im Bundesrat bei einer CDU-geführten Landesregierung nicht gewährleistet. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung braucht zur Unterstützung ihrer Sozialpolitik wieder die Stimme Niedersachsens im Bundesrat.

Ein Staat für den Bürger

Unser Staat ist von den Bürgern geschaffen worden und er soll für alle Bürger da sein.

Unser Staat hat die Aufgabe, den im Grundgesetz verankerten Freiheiten seiner Bürger Geltung zu verschaffen, sie vor Mißbrauch zu schützen und Angriffe darauf abzuwehren. Er muß sich bei seinem Handeln vom Grundgedanken der Gerechtigkeit leiten lassen. Er muß dafür sorgen, daß allen Bürgern gleichermaßen die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein und für die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit gegeben werden. Er muß weiter dafür sorgen, daß Güter und Leistungen, die sonst nur wenigen zugute kämen, gerechter verteilt werden. Er braucht für sein Wirken das Vertrauen seiner Bürger und muß dieses Vertrauen durch sein Handeln ständig rechtfertigen.

Dazu muß unser Staat im Interesse aller die wirtschaftlichen Prozesse beeinflussen und die notwendige Infrastruktur schaffen. Damit diese Aufgaben erfüllt werden können, brauchen wir eine gute und überschaubare Verwaltung, denn sie betreibt die vielen öffentlichen Einrichtungen, die Sicherheit und Wohlergehen gewährleisten sollen.

Wir wissen jedoch, daß sich viele Menschen allein gelassen fühlen und oft hilflos dem staatlichen Apparat gegenüberstehen, der ihnen unpersönlich, undurchschaubar und unangreifbar erscheint. Komplizierte Vorschriften, schwer verständliche Ausdrücke, verwirrende Verfahren, leblose Bescheide vom Computer – das ist leider manchmal die Visitenkarte des Staates.

Mehr Bürgerbeteiligung

Die Bürger müssen mehr Chancen haben, sich Gehör zu verschaffen, ihre Rechte durchzusetzen, sich den Ämtern gegenüber zu behaupten.

Die Verwaltung ist für den Bürger da, nicht umgekehrt.

Deshalb wollen die niedersächsischen Sozialdemokraten dafür sorgen, daß die demokratische Verantwortung der Bürger gestärkt wird. Die Bürger müssen informiert werden, sie müssen an allen öffentlichen Dingen, besonders in den Gemeinden, mitwirken können. Einwohner sollen nicht nur Betroffene sein, sondern teilhaben, wenn geplant und entschieden wird.

Dazu erklären wir:

- Ein Bürgerbeauftragter in Niedersachsen soll den Bürgern bei Auseinandersetzungen mit den Behörden Beistand leisten, soll Mängel der Verwaltung aufdecken und helfen, daß sie beseitigt werden. Andere Länder haben bewiesen, daß er ernst genommen wird und etwas bewirken kann.

Er soll als Organ des Landtages bestellt werden und das Recht haben, von den Behörden Auskünfte einzuholen und Akten anzufordern und von sich aus der Öffentlichkeit über seine Arbeit zu berichten. Der Bürgerbeauftragte muß frei von Weisungen arbeiten können. Es muß ihm die Möglichkeit gegeben werden, sich selbständig und vollständig zu unterrichten; das macht die Verwaltung offener.

- Die Verwaltungen der Städte und Gemeinden sind die erste Stelle, an die sich die Bürger mit ihren Anträgen und Wünschen wenden. Sie müssen sach-

kundigen Rat geben und dem Bürger helfen, sein Anliegen in die richtige Form und auf den richtigen Weg zu bringen. Bürgerberatungsstellen in den Städten und Gemeinden können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

- Bürgerversammlungen haben sich in vielen niedersächsischen Gemeinden bewährt. Bürgerfragestunden in Ratssitzungen gibt es erst in wenigen Gemeinden. Es sollte zur festen Einrichtung werden, daß Einwohner bei Ratssitzungen zu wichtigen kommunalen Themen Fragen stellen und Anregungen geben können.

- Bürgerbeteiligung soll es bei allen wichtigen Planungen der Gemeinden und der Landkreise geben. Die Sozialdemokraten in Bonn haben durchgesetzt, daß die Gemeinden ihre Bürger frühzeitig und umfassend an ihrer Bauleitplanung beteiligen müssen. Die Gemeinden müssen ihre Pläne so formulieren, daß sie jeder verstehen kann. Sie müssen bekanntgemacht werden, bevor aus internen Überlegungen vollendete Tatsachen geworden sind.

- Durch die Mitarbeit in Parteien und Verbänden nehmen die Bürger auf die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen Einfluß. Auch Bürgerinitiativen können berechtigten Interessen Ausdruck geben.

- Jeglicher Mißbrauch der automatischen Datenverarbeitung muß ausgeschlossen werden. Behörden dürfen so wenig wie andere Stellen persönliche Daten der Bürger besitzen, die sie für ihre Arbeit nicht benötigen. Die neuen Datenschutzgesetze des Bundes und des Landes stellen uns nicht zufrieden. Deshalb müssen die gesetzlichen Regelungen verbessert werden.

Freiheit und Sicherheit

Besondere Bedeutung für Bürger und Staat hat die innere Sicherheit. Sie wird in dieser Zeit am augenfälligsten durch den internationalen Terrorismus bedroht. Sie leidet aber auch unter allgemeinen Gewaltverbrechen und unter der Wirtschaftskriminalität. Deswegen muß die Polizei personell verstärkt, ihre Organisation verbessert und ihre Ausrüstung modernisiert werden. Daneben muß das Berufsbild der Polizei an die Erfordernisse unserer Gesellschaft angepaßt und mehr Bürgernähe angestrebt werden. Sorgfältige Auswahl der Polizeibeamten, eine zeitgemäße Ausbildung und intensive Fortbildung und nicht zuletzt eine leistungsgerechte Einstufung sind die Schwerpunkte unseres Sicherheitsprogramms. Jedoch genügt es nicht, daß bei der Kriminal- und Schutzpolizei neue Stellen geschaffen werden. Die verbrecherischen Attentate und Entführungen der jüngsten Zeit haben gezeigt, daß eine Konzentration aller Kräfte zur Bekämpfung des Terrorismus notwendig ist. Dazu ist kein deutsches FBI nötig, aber wir halten es für selbstverständlich, daß das engstirnige Prestigedenken der Länder endlich aufhört.

Wir brauchen vielmehr eine optimale Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit – beginnend mit der Vereinheitlichung der Nachrichtensysteme – bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und Verfolgung terroristischer Gewalttaten.

Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus muß auch auf moralisch-politischem Felde geführt werden. Dazu gehört die Suche nach den Ursachen des Terrors und die Auseinandersetzung mit ihnen.

Der Schaffung weiterer neuer Rechtsgrundlagen für die Polizei und



für die Strafverfolgung werden wir zustimmen, wenn sie zur Gewährleistung der inneren Sicherheit notwendig sind. Dabei wird eins jedoch nicht geschehen: die unsere Verfassung prägenden Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie werden dem Bemühen um Sicherheit nicht geopfert werden.

Wie für die Polizei so müssen auch die Bedingungen für die Arbeit der Rechtspflege ständig verbessert werden. Die Arbeit der Polizei bliebe Stückwerk, wenn ihr nicht ein zügiges Gerichtsverfahren folgte.

Zur Verbrechensbekämpfung gehört aber auch, die sozialen Dienste in der Justiz, im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe zu verbessern.

● Unser demokratischer Staat kann nur dann ein hohes Maß an Toleranz gegenüber jeder politischen Meinung wahren, wenn seine Repräsentanten in der Politik, der öffentlichen Verwaltung und der Justiz zuerst vor allen anderen bereit sind, unsere Freiheitsrechte zu verteidigen.

Personen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, dürfen nicht Beamte sein. Der Verteidigung unserer Verfassungsordnung ist jedoch nicht durch pauschale Verdächtigungen gedient. Insbesondere muß wieder von der grundsätzlichen Verfassungstreue eines jeden Bürgers ausgegangen werden, bis im Einzelfall das Gegenteil bewiesen ist. Es darf keine Praxis geben, die jeden aus der Ausbildung kommenden jungen Menschen einer Überprüfung unterwirft und da, wo der Staat ein Ausbildungsmonopol hat, zu einer ungerechtfertigten Behinderung der Berufsausübung führt. Rechtsgrundlage und Praxis der Einstellung in den öffentlichen Dienst müssen diesen Grundsätzen entsprechen.

Die Art und Weise, wie an manchen Orten Bewerber für den öffentlichen Dienst überprüft werden, hat, statt unsere Demokratie zu sichern, viele Jugendliche eingeschüchtert. Wer unsere Demokratie mit Aussicht auf Erfolg verteidigen will, kann dies nur mit kritikfähigen Bürgern tun.

● Nachrichtendienste des Bundes und der Länder leisten einen Beitrag zur Sicherung und Verteidigung des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wobei sie streng an Recht und Gesetz gebunden sind. Dennoch bedarf ihre Tätigkeit nicht nur im Interesse der Bürger, sondern auch im Interesse der Bediensteten einer gesetzlich abgesicherten und wirksamen parlamentarischen Kontrolle.

Dazu haben wir im Niedersächsischen Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch am Widerstand von CDU und FDP gescheitert ist. Wir werden deshalb eine neue Initiative für die gesetzliche Sicherung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes ergreifen.

Freiheit und Sicherheit zu verteidigen ist nicht nur eine Sache des Staates.

Freiheit und Sicherheit können nur bewahrt werden, wenn alle Bürger bereit sind, dafür einzutreten.

